

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.

Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53. Für unerlangt eingekaufte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Nr. 301

Sonnabend, den 28. Dezember 1918

13. Jahrgang

### Die Krise in der Reichsregierung noch nicht gelöst.

Eine Nebenregierung der Unabhängigen in Sicht. — Die sächs. Nationalversammlung soll schon am 19. Januar zusammentreten.

#### Bürgerwehr.

Was der politisch denkenden, einsichtigen Köpfe am ersten Tage der Revolution an Klar war, das mußte das ganze Volk durchbringen. Es ist aber nicht gelungen, die Interessen einer allgemeinen Wahrheit wahrzunehmen — und in Zeiten der Revolution sind sie schließlich die Waise im Schicksal. Schon in Bezug auf die erste Frage: „Sühne und Sicherung der Revolution“, hat die Sozialistische Regierung Wert-Gaase kläglich versagt. — versagt gerade dann sozialistischer Vorkämpferin. Sie vermag nicht alle sozialistischen Programmpunkte der Abklärung der stehenden Heere durch die Volkswehr, und dazu aber, eine Söldnertruppe zu gewaltigen Lohnen anzuwerben. Sie macht eine Kammerzeit nach der anderen. Die Bildung einer roten Garde muß aufstimmendem Muster lehnte sie ab, gestützt auf die gewaltigen Kundgebungen der Fronttruppen. Und in solchen Augenblicken blühte sie tatsächlich rote Garben. Es ist ja keinem Verdruß zu verdanken, daß er eher je tiefer den ganzen Krempel fortschmeißt, um ein zu kommen zu seiner Familie, zu seiner Arbeit. Hier also meldet sich zur republikanischen Schutzwehr? Diejenigen, die Arbeit und Familie nicht lockt, die der hohe Lohn besticht, die aus der Revolution ein Geschäft machen wollen. Aus diesen Elementen rekrutiert sich diese „Schutztruppe“. Die Sühne und die Ordnung wird es nicht schwer fallen, sie bald auf ihre Plätze zu bringen, durch höheren Lohn, durch Aussicht auf Raub und Plünderung und auf die Riktatur des Bolschewikats.

Wo ist der Fund der Antroffiziere? Wo sind die Freiwilligenformationen der Studenten? Das waren die Truppen, auf die sich die Regierung zu stützen hatte. Gegenrevolution? Unfinn und Blöde! Das ganze Volk begrüßt die Revolution! Begrüßt die Freiheit! Aber es will die Neuordnung, die Selbstregierung, nicht den Terror und nicht die Anarchie. Eine republikanische Schutzwehr kann nur aus Freiwilligen, aus besoldeten Männern bestehen, die nichts an der Sache verdienen, die nur Verpflegung und geringe Wohnung nach den alten Sitten bekommen. Die Familie dieser Männer müßte allerdings ausgiebig besorgt werden. Sonst aber müßten die Leute ihren Lohn nur in der Sache erblicken, der sie dienen. Das wäre eine Truppe, die der schneidenden Diebstahlschergen nicht mehr Spielraum gelassen wäre. Sie wäre vor allem auf den Schutz der Nationalversammlung zu vereidigen. Und es könnte auch erreicht werden, daß die Nationalversammlung, aber nicht diese, sie als ihre Leibwache übernimmt, und sie zu den unendlichen Diensten, den sie dem Volke gewähren, entschuldigend entlohnt. Damit wären auch die weniger sicheren Elemente an dem Zusammenritt und dem Bestand der Nationalversammlung interessiert. So, und nur so können wir zu Ruhe und Ordnung kommen, nur so läßt sich der Bürgerkrieg vermeiden. Denn er ist nur möglich, weil die Schwäche und Entschlußlosigkeit der Regierung für jedermann auf der Hand liegt.

Von der Regierung ist also auch diese Maßnahme nicht zu erwarten. Sie muß vom Volke selbst getroffen werden. Nach Revolutionsrecht! Die Partei, die das Wohl des Gesamtvolkes vertritt, die Aufriktion der Demokratie sich zum Ziele gesetzt hat, muß von sich aus für die Nationalversammlung sorgen, um die Nationalversammlung gegen jedermann zu schützen. Die Nationalversammlung wie gegen die Reaktionen. Wenn die Sozialistische Regierung zu schwach ist, dann hat sie, die deutsche demokratische Partei, sofort daran zu gehen, eine freiwillige, republikanisch-demokratische Bürgerwehr zu organisieren, um von sich aus, Spartakus-Diebstahl ein Paroli bieten zu können. Danksagung haben wir gebührend gewartet. Wir sind unerschrocken, uns eine politische Partei zu nennen, wenn wir tatlos sind, daß das deutsche Volk zu Grunde gebracht wird. Gegen Waffen helfen nur Waffen. Entweder Diebstahl und Genossen werden sofort entwaffnet, dann mögen sie schreien, so viel sie wollen, vor ihrem „Volk“ fürchten wir uns nicht. Oder die Bürgerwehr muß samt und sonders bewaffnet werden. Waffe wider Waffe — und gleiches Recht für alle!

#### Die Regierungskrise in Berlin.

##### Die Entscheidung bevorstehend.

Ueber die erste Sage in Berlin liegen heute folgende Meldungen vor:

Während Freitag vormittag trat der Zentralrat unter der Leitung seines inwärtigen aus Hannover zurückgekehrten Vorsitzenden Reinert im Beisein von Mitgliedern der Regierung im Herrenhaus zu einer Sitzung zusammen, um eine Lösung für die Krise zu finden. Es wird versucht, ein Kompromiß zustande zu bringen oder aber eine Neubildung vorzunehmen, die in Zusammenarbeit der beiden sozialdemokratischen Richtungen bis zur Nationalversammlung möglich sein würde. In eingeweihten Kreisen glaubt man jedoch kaum, daß eine Ersetzung der einen oder der anderen Richtung im Kabinett durch neue Persönlichkeiten zu einem anderen Ergebnis führen könnte als zum Siege der Radikalen auf der ganzen Linie. Die Dinge scheinen so zu liegen, daß die Radikalen entweder die Leitung der Geschäfte innerhalb des Kabinetts in die Hand nehmen oder sich ohne Rücksicht auf die Regierung der tatsächlichen Gewalt bemächtigen werden. Man rechnet also mit einer unter dem Einfluß Liebknechts stehenden Regierung. Eine Regierung der Wehrheitssozialisten könnte, wie man glaubt, jetzt nur noch außerhalb Berlins ihre Unabhängigkeit aufrecht erhalten. — Die Sitzung des Zentralrats, die um 11 Uhr begonnen hatte, wurde nachmittags vertagt. Eine Lösung der Krise ist bisher noch nicht gefunden worden. Die Verhandlungen gehen weiter und werden erst heute Sonnabend zum Abschluß kommen. In Kreisen des Zentralrates besteht Hoffnung, daß es doch noch möglich sein werde, einen Weg zu finden, der zu stabileren Verhältnissen führen wird. Vor der Sitzung des Zentralrates hatte in der Reichsversammlung eine Besprechung von Mitgliedern des Zentralrates und der Regierung stattgefunden. — Die „Pol. Parlam.“ teilten zur Krise weiter mit: Von verschiedenen unbedingt zuverlässigen Seiten ist der Regierung authentisch mitgeteilt worden, daß die Spartakusgruppe beschlossene habe, sobald wie möglich, wenn zugänglich schon sofort, die Volksbeauftragten zu beseitigen und die neue Regierung Liebknecht, Ledebour, Eichhorn zu proklamieren. Die Spartakusleute rechnen damit auf die Unterstützung der erbiterten Matrosen und großer Teile des Sibirien-Kontingents. Die zu gestern nachmittags angesagten großen Kundgebungen der Wehrheitssozialisten, die auf einer Reihe öffentlicher Plätze abgehalten werden und sich gegen die Spartakusgruppe richten sollten, sind auf Beschluß der Parteileitung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

Die Krise dreht sich um drei Hauptfragen. Diese sind:

- 1. die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Kommandogewalt der Offiziere, die Abschaffung der Rangabzeichen usw.;
- 2. die Durchführung des Beschlusses des Rätekongresses über die Sozialisierung zunächst des Bergbaues;
- 3. die Frage der vollständigen Demobilisation.

##### Neue Spartakus-Prozessionen.

In Berliner Spartakus-Versammlungen während der Feiertage wurde mitgeteilt, daß der Matrosenputz gegen die Regierung Ebert-Gaase nur das Vorbild größerer Ereignisse gewesen sei. Das Beschlagen lag an der nicht genügenden Aufklärung der zurückgekehrten Fronttruppen. Man werde die „Versammlung nachholen“ und in nächster Zeit zum Ende kämpfen schreiten. Im Abzuge wird nimmere die Zahl der Toten der letzten Straßenkämpfe am 24. Dezember mit 47, die der Verwundeten mit 122 bekanntgegeben. Deutsche Anstellungen in Fabriksversammlungen lassen es als zweifellos erscheinen, daß die auf den März der jetzigen Regierung abzielenden Inruhrbewegungen beim Begräbnis der Opfer der Straßenkämpfe des 24. Dezember von neuem zum Ausbruch kommen werden. Die Entfernung der an den Kämpfen beteiligt gewesen regierungstreuen Truppenformationen aus Berlin ist bereits durchgeführt.

(Es ist völlig unverständlich, wie die Regierung der Entfernung der Truppen zustimmen konnte. Sie liefert sich dadurch den Spartakisten mit gebundenen Händen aus.)

Der Kommandeur der Gardetruppen, General Requis, ist, der „Böf. Hg.“ zufolge, zurückgetreten und durch Generalleutnant v. Sattwig ersetzt worden.

##### Ein bolschewistischer Pamphletmacher in Berlin.

Nach einem in der Berliner „Röten Tages“ veröffentlichten Bericht gehört Madef, der zur Reichskonferenz der A. und S. Räte nach Berlin entsandten russischen Abordnung neben Joffe, Radomski u. a. als Sekretär an. Die Rufen wurden in Danaburg festgehalten und dann bekanntlich über Minus zurückgeschickt. Es müßte Madef also gelungen sein, mit falschen Kurierpapieren über die Demarkationslinie zu kommen.

#### Landesratsprüfung des sächsischen A. und S.-Rates.

##### Ein neuer Beschluß über die sächsische Nationalversammlung.

Im Sitzungssaal der ersten Ständekammer in Dresden trat gestern der Landesrat des A. und S.-Rates zu einer Sitzung zusammen, der auch sämtliche Minister beizwohnten. Die Redaktionen waren überfüllt. Volksbeauftragter Seeger leitete die Sitzung. Minister Lipinski besprach die politischen Ereignisse der letzten Tage. In der Presse seien Vorgänge antwortend vorzutreten, die zu außerordentlichen Ereignissen aufgeführt worden. Auch seien keine Ausführungen über den Einfluß Deutsch-Oesterreichs auf Deutschland festgestellt worden. Die sächsische Regierung würde einen beschränkten Einfluß selbstverständlich begrüßen, doch müsse sie sich jeden Einmischung in eine Agitation gegen den Tschecho-Slowakischen Staat enthalten. Die Beschlüsse des Rates zu diesem Punkte müßten freundlich sein, weil hierbei große wirtschaftliche Interessen berührt würden. Er verweise nur auf die Kohlenzufuhr. Der Wunsch nach einer Vertretung Sachsens in Prag sei vom Tschecho-Slowakischen Staat anerkannt worden, weshalb er den früheren Minister Dr. Koch beauftragt habe, als außerordentlicher Bevollmächtigter nach Prag zu gehen. Die Nachrichten von einem geplanten Einmarsch des Tschecho-Sachsen in Sachsen seien vollkommen unbegründet. Es sei lediglich deutsch-böhmisches Gebiet besetzt worden und es liege keinerlei Anlaß vor zu einem Eingreifen Sachsens gegenüber dem tschechischen Staat. Die tschechische Regierung habe auch lediglich die Bahnen gesperrt, die nach Oesterreich führen, um dort einen Druck auszuüben. Diese Maßnahme richte sich also keineswegs gegen Sachsen. Sollte trotzdem eine Verletzung des sächsischen Grenzgebietes in Frage kommen, so müsse die Reichsregierung eingestehen.

Der Minister besprach dann die Agitation der Wenden. Es handle sich hier lediglich um eine Forderung der wendischen Sprache und Sitte. Von einem selbständigen Wendenstaate könne keine Rede sein. Dies gehe auch daraus hervor, daß auf 1000 sächsische Einwohner nur neun Wenden kämen, die auch meist noch verstreut wohnen. Er ersuche die Presse, sich an derartigen Agitationen nicht zu beteiligen, da die Regierung hierdurch nur Schwierigkeiten habe.

Das Gesetz über die Einberufung der sächsischen Nationalversammlung sei vom Gesamtministerium vorgelegt und solle in den nächsten Tagen veröffentlicht werden. Der Minister besprach die Grundzüge dieses Gesetzes und betonte, daß die Befreiung, die Sozialdemokratie werde bei den Wahlen eine Einbuße erleiden, ungedrungen sei. Hieran schloß sich eine kurze Geschäftsordnungsdebatte, worauf die Sitzung durch eine Mittagspause unterbrochen wurde. In der Nachmittags-Sitzung wurden eine Anzahl Anträge, sowie die Fragen der Arbeiter- und Soldatenräte, der Schaffung einer Zentralkasse usw. erledigt.

Die Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte nahm dann einen Antrag mit großer Stimmenmehrheit an, der die sächsischen Nationalratswahlen für den 18. Januar vordere. — Bisher war bekanntlich der Termin für die Wahlen auf den 2. Februar festgelegt.

#### Die polnischen Absichten auf Westpreußen und Polen.

Polnische Absichten in Danzig. Nach einer Mitteilung der Berliner „N. N. Hg.“ soll am ersten Weihnachtstages in Danzig eine geheime Zusammenkunft polnischer Politiker und